

Schulen verlieren die Sozialarbeiter

Finanzierung der Verträge nur bis Ende des Jahres gesichert / Zahlreiche Projekte fallen weg

Als eine der ersten Schulen ist die Oberschule Helsinkistraße vom drohenden Aus für die Schulsozialarbeiter betroffen. Derzeit besteht keine Aussicht auf Finanzierung der Stellen über das Jahresende hinaus. Die Sozialarbeiterin der Schule in Marbel hat sich deshalb bereits anderweitig beworben. Mit dem Wegfall der Stellen enden in ganz Bremen Projekte für Schüler. Auch die Nordbremer Schulen müssen auf Unterstützung verzichten.

VON JULIA LADEBECK

Bremen-Nord. Die Oberschule (OS) Helsinkistraße muss bald auf ihre Sozialarbeiterin verzichten. Britta Kluczny hat ihren Job zum 1. August gekündigt, weil ihre Stelle finanziell nur bis Jahresende gesichert ist. Spätestens Ende 2013 wird es zahlreichen Schulen ebenso gehen. „Ich kann es mir nicht leisten, einfach abzuwarten und dann arbeitslos dazustehen“, sagt Kluczny. Mit ihrem Weggang fällt für die Schule eine wichtige Unterstützung weg.

„Das ist ganz bitter für uns und auch für alle anderen Schulen, die ab Januar 2014 betroffen sein werden“, sagt Barbara Bugiel, Schulleiterin der OS Helsinkistraße. Für Bremen wurden aus den Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes 2,4 Millionen Euro für die Schaffung von 50 befristeten Schulsozialarbeiterstellen bereitgestellt. 14 davon entstanden in Bremen-Nord. Anfang 2012 traten die Sozialarbeiter ihre Stellen bei diversen Trägern wie dem Arbeiter-Samariter-Bund, der Lebenshilfe und dem Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (Vaja) an.

Die Finanzierung durch den Bund war als Anschlag gedacht; die Gehälter werden nur bis Ende 2013 übernommen. Das Land Bremen würde die Sozialarbeiter zwar gerne weiter beschäftigen, kann die Stellen aber wegen der Haushaltsnotlage nicht aus eigenen Mitteln finanzieren. Für Barbara Bugiel ist nachvollziehbar, dass die

Länder, insbesondere Bremen, „das nicht alleine stemmen können“. Sie ist aber auch der Meinung: „Das hätte der Bundesregierung von vornherein klar sein müssen.“

Wie berichtet, fordert Bremens Bildungsministerin Eva Quante-Brandt, dass nicht abgerufene Bundesmittel aus dem Bildungspaket für die weitere Finanzierung der Schulsozialarbeiter verwendet werden. Ob der Bund weitere Personalkosten übernimmt, ist derzeit aber noch offen. Heute wird dazu eine Initiative der Länder Bremen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Bundesrat debattiert.

Bisher befinden sich die Sozialarbeiter und die Schulen im Unklaren. „Das betrifft natürlich auch die Schüler und Eltern, die nicht wissen, ob die Angebote weiter bestehen werden“, erläutert Britta Kluczny. Wie auch ihre Kollegen hat sie an der Schule eine Vermittlerposition zwischen Schule, Kindern, Eltern und Jugendhilfe übernommen. Konkret bedeutet das: Die Sozialarbeiter schalten die entsprechenden Stellen ein, wenn es um Themen wie

Gewalt in der Familie, Unterrichtsversäumnisse oder auch psychische Auffälligkeiten geht. In Konfliktsituationen oder bei Mobbing führen sie Beratungsgespräche, sie unterrichten die Schüler in sozialen Kompetenzen und unterstützen die Lehrer, wenn sie nicht weiterkommen. Dazu haben sie zahlreiche Projekte initiiert. So lernen

„Das ist ganz bitter für uns und auch für alle anderen Schulen.“

Barbara Bugiel, Schulleiterin

Fünftklässler an der OS Helsinkistraße in einem Verhaltenstraining, ihre Wut zu kontrollieren und mit Konfliktsituationen umzugehen. Olga Teichreb, Schulsozialarbeiterin an den Grundschulen Rönnebeck und Farge-Rekum, hat für die Kinder Kummer-

kästen in den Schulen angebracht. „Die werden gut angenommen, besonders zu Beginn waren die Kästen randvoll. Dabei geht es oft um sehr ernste Themen wie Gewalt in der Familie“, erzählt Teichreb.

Ein Schwerpunkt der Arbeit von Gaby Petzelt, die als Sozialarbeiterin die offene Ganztagschule Aumund sowie die Grundschulen Fährer Flur und Hammersbeck betreut, ist Integrationsarbeit. „Oft existieren in Migrantenfamilien andere Vorstellungen von Erziehung und Werten. Um zu vermitteln, besuche ich die Kinder zu Hause und führe Gespräche mit den Eltern“, erläutert sie. Auch dafür, dass die Kinder nachmittags Sportvereine besuchen können, hat sie sich eingesetzt. Und einige Mütter hätten inzwischen an einem Sprachkurs teilgenommen. Von den Eltern werde ihr Engagement gut aufgenommen. „Mittlerweile ist viel Vertrauen entstanden“, sagt Petzelt. Mit dem Wegfall ihrer Stelle, so ihre Befürchtung, wird der Kontakt zwischen Schule und Eltern in vielen Fällen aber wieder verfallen.

Die Sozialarbeiterin der Grundschulen Am Mönchshof und St. Magnus, Martina Bergmann-Klee, hat eine Kooperation zwischen der Lesumer und der Paul-Goldschmidt-Schule, Förderzentrum für motorische und körperliche Entwicklung, ins Leben gerufen. Auch für eine „bewegte Pause“ in St. Magnus hat sie sich eingesetzt. „Dafür wurden Spielgeräte wie Stelzen und Pedalos angeschafft.“ Außerdem wird ein Ruheraum für Schüler eingerichtet.

Ob sie noch die Zeit für die Umsetzung weiterer Projekte haben, wissen die Sozialarbeiter nicht. „Ich wollte ein Streitschlichter-Programm einführen“, sagt Olga Teichreb. „Aber die Zeit ist knapp.“ Die gemeinsame Forderung der Schulsozialarbeiter lautet: „Wir möchten bis zu den Sommerferien wissen, wie es mit uns weitergeht.“ Falls es keine Anschlussfinanzierung gibt, müssen sie spätestens dann mit der Suche nach einem neuen Job beginnen.



Die Finanzierung ihrer Stellen läuft zum Jahresende aus: Die Schulsozialarbeiterinnen Olga Teichreb, Martina Bergmann-Klee, Gaby Petzelt und Britta Kluczny (von links).

FOTO: CHRISTIAN KOSAK